

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riessa,
Fremde Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1599
Verleger:
Riessa Nr. 52.

Nr. 18.

Donnerstag, 22. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Schriftgröße (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 35 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bezahlter Rabatt tritt ein, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Künftige Unterhaltungsbeiträge sind an den Verleger zu zahlen. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dager & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hoffmann, Riessa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riessa.

Das Schicksal Zaleskis.

Wie war Deutschlands Lage in Genf schwerer. Die ganze Welt ist heute von grauer Sorge gepackt. Ein Rotwinter liegt nicht nur über unserem Lande, auch England und Amerika quälen sich mit Krise, Arbeitslosigkeit und Elend. Die Welt verhält sich den Ohren gegen fremde Klagen. Aber es ist nicht unsere Schuld, daß wir klagen müssen. Wir treten auch keineswegs ausschließlich in eigener Sache auf, so sehr die Not unserer deutschen Brüder in Polen unsere Sache ist. Deutschland steht vor dem Weltparlament in Genf als Sprecher für Würde und Freiheit aller Menschen und aller Völker. Dr. Curtius hat das, und es war sehr geschickt, von ihm, in seiner eindringlichen Rede frank und frei gesagt.

„Der geehrte Herr! Wir wenden uns zum letzten Male an Sie, es sich gut zu überlegen, daß die einzige Möglichkeit zur Dokumentierung Ihrer Loyalität in der offenen Rede Ihrer Stimme am 22. ds. Mts. für die Räte Nr. 1 liegt. Sollte es anders sein, dann wird niemand die Verantwortung für die Folgen, die Sie treffen können, übernehmen wollen. Der polnische Wahlaußschuß.“

Dieser Brief lag im November vorigen Jahres den Mitgliedern der deutschen Minderheit in einer ober-schlesischen Gemeinde ins Haus. Er ist eines von den zahlreichen Dokumenten, die der Deutsche Volksbund für Polnisch-Schlesien in seiner Eingabe an den Völkerbundrat gesammelt hat. Es sind mehr als Dokumente der sprachlichen Unverständlichkeit der Nationalitäten. Was zur Zeit in Polen — und keineswegs nur in Oberschlesien — Humanität und Vernunft wegschwemmen scheint, ist eine wütende Woge des Nationalismus, wie sie das Land seit geraumer Zeit nicht mehr erlebt hat. Darunter haben nicht nur unsere deutschen Brüder in Oberschlesien zu leiden, sondern auch andere Minderheiten, ja beträchtliche Teile des polnischen Volkes selbst. Aber der Unterschied besteht darin, daß die Deutschen Oberschlesiens sich doch nicht freiwillig dazu gebrannt haben, das politische Schicksal der polnischen Nation zu teilen. Wenn das Regime Pilsudskis in Polen wütet, so mag es gegenüber den eigenen Landsleuten Menschenrechte verletzen, für die es leider noch keine Richter gibt. Gegenüber der deutschen Minderheit aber verläßt es Rechte, die durch internationale Verträge gebilligt sind. Auch dies hat Dr. Curtius wirkungsvoll hervorgehoben.

Unsere Position in Genf ist nicht einfach. Wir stehen vor einem internationalen Forum. Man erwidert, ja, man sagt es uns auch offen nach, daß unsere Minderheitenfragen nur ein Mittel zu unangenehmen, aber leicht erkennbarem Zweck seien. Wir erstreben eine Revision der polnischen Grenze und suchen die Weltmeinung hierfür kurzweilig zu machen, indem wir durch ein Trommelfeuer von Klagen Polen in der allgemeinen Achtung herabsetzen. Nun, wir finden, am schlimmsten gegen den polnischen Namen wüthet die polnische Politik selbst, und wir können uns zum Beweis dessen auf international so einflussreiche und angelegene Blätter wie den englischen „Manchester Guardian“, ja, den feinsinnigen deutschfreundlichen „Petit Parisien“ berufen. Trotzdem wird Polens Sprecher in Genf, sein Außenminister Zaleski, mit wachen Hinweisen zweifellos Eindruck machen. Auf den polnischen Wahlplakaten, die gegen das „Kreuzritterheer“ und die „Schlangensinfonie“ der deutschen Minderheit zeigen, findet sich als letzte Schlagzeile immer wieder und wieder der Ruf zum „Kampf gegen Krawakus“. Die bekannte Rede des deutschen Reichsministers ohne Vorwissen hat die nationale Leidenschaft in Polen grell aufleben lassen. Darum war es notwendig und offensichtlich wirksam, daß der deutsche Minister des Auswärtigen nachdrücklich erklärte, Deutschland verfolge seine Ziele, die es nicht leugne, nur mit legalen Mitteln.

Deutschlands Aufgabe in Genf war es, auf Tatsachen hinzuweisen, die den Frieden gefährden können. Das ist durch die Rede des deutschen Ministers zweifellos eindrucksvoll geschehen. Sein polnischer Gegenspieler hat sich demütig, gedämpft und feilschend zu antworten. In seiner Rede, die er sich sorgfältig vorher aufgeschrieben hatte und die daher auf Curtius' Worte kaum einging, fanden zunächst eine Anzahl Dinge, die man erwarten konnte: Gegenwürfe an Deutschland, Ablehnung oder Bagatelisierung der Vorgänge in Polen. Dann aber kamen ein paar Sätze, die in ihrer Offenheit überraschten: „Er gebe zu, daß ein großer Teil der Vorfälle, die in der Beschwerde des Deutschen Volksbundes angeführt waren, tief bedauerlich seien, und er könne sagen, daß er die Forderungen des Deutschen Volksbundes im Grundprinzip annehme. Er gebe zu, daß gewisse Bestimmungen der Minderheitenverträge verletzt seien.“ Nun, geben auch wir zu: Das ist ein Gebändnis. Man hebt, der polnische Außenminister hat sich Mühe gegeben und den Verband abschütteln wollen; ob er aus der Rede auch eine Tat machen wird, muß sich zeigen. Ueberhaupt klang in der Rede des polnischen Ministers manches nach gutem Willen. Wir warten jetzt auf die Tat.

Die Grenzüberbrechung bei Rybnik

Oppeln, 22. Januar. In Blättermeldungen, wonach in der Nähe von Rybnik eine an der Grenze über die polnische Infanterie-Abteilung die Grenze überschritten hat, erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die Grenzüberbrechung tatsächlich stattgefunden hat, daß aber die Truppe, als sie von einem deutschen Zollbeamten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sie sich auf deutschem Gebiet befindet, sich sofort auf polnisches Gebiet zurückgezogen hat.

Curtius antwortet Zaleski.

Zurückweisung der Anwürfe gegen Hindenburg.

Genf, Reichsaussenminister Dr. Curtius wandte sich zu Beginn der gestrigen Nachmittags-Sitzung gegen die Erwiderung des polnischen Außenministers Zaleski in der Vormittags-Sitzung. Der Rückgang der deutschen Stimmen in den einzelnen Gremien sei nur durch die Terrorakte während der Wahlzeit zu erklären. Bis zum Mai 1930 hätten die deutschen Stimmen ständig zugenommen und seien dann mit einem Male zurückgegangen. Der Völkerbund sei verpflichtet, dieses Verschwinden zu untersuchen. Ausländische Korrespondenten hätten die Lage in Oberschlesien gesehen und seien zu erschreckenden Ergebnissen gelangt. Dr. Curtius verwies auf einen Artikel in der englischen Zeitung Observer, worin festgestellt wird, daß in Oberschlesien Verbrechen begangen worden sind. Es seien Strafverfahren eingeleitet worden; damit könne sich aber die deutsche Regierung nicht begnügen. Wichtig sei es, die Zusammenhänge zwischen den Verbrechen, der Polizei und den Aufständischen näher anzuklären und dieses müsse durch eine Untersuchung des Völkerbundrates geschehen.

Der polnische Außenminister habe heute morgen den Stahlhelm mit dem Aufständischenverband verglichen. Der Stahlhelm sei keine Aufständischenorganisation, nicht militärisch organisiert und er besitze keine Gewalttaten gegen andere. Die Aufständischen-Organisationen seien dagegen militärisch organisiert und hielten militärische Übungen und Manöver ab.

Dr. Curtius zitierte dann eine Reihe von Wahlanfragen des Aufständischenverbandes als Beleg für dessen terroristische Haltung. Der Aufständischenverband bedeute eine dauernde Bedrohung für das Leben der Bevölkerung. Bezeichnend für die Rolle des Bolschewiken Gracynski sei eine Rede, die er am 17. Nov. 1928 gehalten habe und aus der klar hervorgehe, daß Gracynski das geistige Haupt der Aufständischen-Organisation sei. Dr. Curtius erwähnte dann verschiedene Beispiele, um zu zeigen, wie gerade der Bolschewik Gracynski wirtschaftliche Druckmittel zu seiner Entschuldigungsartikulation benutze. Er nannte u. a. die Fälle Plesch, Kallendorf und Wisch. Er wies es mit Empörung zurück, daß der polnische Außenminister den Bolschewiken Gracynski mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg in einem Atemzuge genannt habe. Es sei verwerflich, Gracynski mit Hindenburg zu vergleichen, dessen Verantwortungsgefühl und Gerechtigkeitsgefühl allgemein bekannt sei. Es sei eine gute Besorgnis in den parlamentarischen Ländern, daß Staatsoberhaupt nicht in die Debatte zu ziehen und er möchte wünschen, daß diese Besorgnis auch im Völkerbunde gelte.

Was die von Zaleski angegebenen Zahlen über die polnischen Minderheitenschulen in Deutschland angeht, so seien allerdings 51 Schulen der polnischen Minderheit in Deutschland vorhanden. Von diesen würden aber nur 28 benutzt; 23 würden leer, weil die Eltern es vorziehen, ihre Kinder in die deutschen Schulen zu schicken.

Was die polnischen Fragen angeht, so habe die Minderheitenbeschwerde der deutschen Regierung keinen Anlaß gegeben, diese Fragen aufzuwerfen. Er betraute es aber als Freiheit, wenn er nicht bei dieser Gelegenheit dargelegt hätte, wie das deutsche Volk über die Diktate denkt. Eine offene Aussprache sei notwendig, wenn solche Fragen auftauchen. Er erinnere an ein Wort Briand's, der auf der letzten Völkerbundstagung gesagt habe, daß der Völkerbund auch an unbedenklichen Fragen nicht vorbeigehen dürfe. Er wiederhole aber seine heutige Erklärung, daß das deutsche Volk seine politischen Ziele nur auf friedlichem Wege und auf dem Vertragsboden zu erreichen strebe. Die Vorfälle, über die die deutsche Regierung und der Deutsche Volksbund Beschwerde führten, seien nur ein Glied in der langen Kette der Entbehrung. Seit 1919 seien 1/2 Millionen Deutsche aus Polen vertrieben worden. Alle möglichen Weisungen seien für diese Entbehrung angewendet worden. Er verzichte darauf, jetzt auf Einzelheiten einzugehen.

In den Schlussfolgerungen übergehend, erklärte Dr. Curtius, er habe mit Genehmigung festgestellt, daß der polnische Außenminister eine Verletzung der Bestimmungen der Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention zugegeben habe, daß eine Reihe von Verträgen eingeleitet sei, und daß beschädigt sei, Schadensersatz und Sühne zu leisten. Aber das genüge nicht. Es müsse auch für die Zukunft gelöst werden, daß solche Dinge sich nicht wiederholen. An der Frage der Aufständischen-Organisation und ihrem Zusammenhang mit den Behörden könne man nicht vorbeigehen. Der Völkerbundrat müsse zu diesen Dingen Stellung nehmen, denn er sei der Hort der Minderheiten.

Eine kurze Entgegnung Zaleskis.

In einer kurzen Entgegnung meinte Zaleski, die deutschen Minderheiten hätten ja die Wahlrecht, daß an dem Obersten polnischen Gerichtshof zu wenden, wenn sie glaubten, daß ihnen während der Wahl Unrecht geschehen sei. Als Beweis für die angeblich minderheiteneindliche Haltung der deutschen Behörden führte Zaleski eine Entscheidung des Breslauer Verwaltungsgerichtes vom 4. 10. 1928 an, worin dem Schulverein für Niederschlesien die Errichtung von polnischen Minderheitenschulen untersagt wor-

den sei. Zaleski mußte sich allerdings durch einen Zwischenruf von Dr. Curtius belehren lassen, daß diese Entscheidung von der nächsthöheren Verwaltungsinstanz sofort aufgehoben worden ist.

Nach den Ausführungen Zaleskis vertante sich der Völkerbundrat auf Donnerstag vormittag 11 Uhr.

Schwarze Zurückweisung der Anwürfe Zaleskis gegen Hindenburg.

Genf, 21. Januar. Die zweite große Rede, die der deutsche Außenminister in der Nachmittags-Sitzung des Völkerbundrates gehalten hat, ist allgemein als das eigenliche politische Programm der deutschen Regierung in der Oberschlesienfrage angesehen worden, während seine Vormittagsrede in ausländischen Kreisen mehr als eine juristische Darstellung der tatsächlichen Lage beurteilt wurde. In der zweiten Rede, die Dr. Curtius frei hielt, hat er die Kritik des Völkerbundrates zur Unterbindung der gesamten Lage in Oberschlesien, Anhörung des Präsidenten Calonder und entscheidende Garantienmaßnahmen des Völkerbundrates für die Zukunft gefordert. Der Aufständischenverband und der Bolschewik Gracynski als Führer des Verbandes sind einwandre als die Träger und Urheber der Gewaltmaßnahmen in Oberschlesien festzustellen worden und die Anwesenheit des Völkerbundrates wurde auf die unbedingte Notwendigkeit von Maßnahmen gegen diesen Verband hingelenkt. Die hiesigen Verleger und rednerische wenig glückliche nachmalige Antwort des polnischen Außenministers hat in weitesten Kreisen einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Der Hinweis von Dr. Curtius auf die allgemeine Revisionsbedürftigkeit des Minderheitenverfahrens wird in maßgebenden deutschen Kreisen dahin bewertet, daß sich der Außenminister für die nächste Ratstagung im Mai oder für die Septembertagung Möglichkeit gesichert hat, die Revision des gesamten Minderheitenverfahrens in Angriff zu nehmen.

Die Berliner Abendblätter berichten ausführlich über die Rede des deutschen Außenministers im Völkerbundrat. In den Kommentaren, die zum Teil von den Genfer Vertretern der Blätter stammen, wird den Ausführungen des Ministers allgemein zugestimmt. Soweit zu der Antwortrede des polnischen Außenministers Zaleski Stellung genommen wird, wird die Zurückweisung des Reichspräsidenten v. Hindenburg und dessen Gegenüberstellung als Ehrenmitglied des Stahlhelms mit den Vorfällen der polnischen Aufständischenverbände Gracynski aufs schärfste zurückgewiesen, da er der Ehre und Würde des Reichspräsidenten zu nahe trete.

Die Rede des deutschen Außenministers findet auch in der Reichspresse grundsätzliche Anerkennung.

Die Deutsche Tageszeitung betont, daß die Anklage es an Deutlichkeit und Schärfe nicht fehlen lasse. — Der Sozialanleger schreibt, man kann den meisten Ausführungen nur zustimmen. Beide Blätter geben jedoch der Ansicht Ausdruck, daß Dr. Curtius an einzelnen Stellen die deutschen Forderungen hätte schärfer umreißen sollen. — Auch die Börsenzeitung ist der Ansicht, daß die Rede zweifellos starken Eindruck gemacht habe. Allerdings scheint die Sorge berechtigt, in welchem Umfang es gelingen werde, nun auch wirklich praktische Erfolge zu erzielen. — Die Germania fordert, daß der Rat jetzt Farbe bekennen müsse, wenn Deutschland noch ein Interesse an weiterer Mitarbeit haben solle. Wenn der Völkerbundrat schweige, werde Deutschland keine Forderungen auf Biegen oder Brechen durchkämpfen müssen. — Das Tageblatt nennt die Rede scharf in der Klarstellung und vorzüglich in den Konklusionen und Anträgen. — Der Börsenkurier bezeichnet als einen besonders glücklichen Abschnitt der Rede die Zurückweisung der polnischen Behauptung, daß die deutsche Revisionsanmeldung die auch von Warschau nicht geleugneten schweren Verletzungen verschuldet habe. Der Rat werde sein Augenmerk in erster Linie auf das Zusammenwirken der polnischen Behörden mit den Aufständischen und die Bekämpfung der schuldigen Beamten zu richten haben.

Nichtöffentliche Vormittags-Sitzung in Genf.

Genf. (Zuspruch.) Der Völkerbundrat hat heute entgegen den ursprünglichen Absichten die Aussprache über die deutschen Beschwerden bezüglich Oberschlesiens unterbrochen. Es fand in den frühen Vormittagsstunden eine nichtöffentliche Sitzung des Rates statt, in der, wie verlautet, der Termin und der Ort der Abrüstungskonferenz und die übrigen noch zu erledigenden Fragen, wie zum Beispiel der Antrag der deutschen Regierung auf die Offenlegung des gesamten Rüstungsstandes, besprochen worden seien. Die Aussprache über die Oberschlesienfrage wird in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt.

In der heutigen Ratstagung werden andere Punkte der Tagesordnung, die von weniger großer Bedeutung sind, erledigt.